



Eine-Welt-Presse

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

4/2020 | 37. JAHRGANG | ISSN 1614-5437



FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT



Die Verantwortliche des Polizeifrauen-Netzwerks und Polizistin der UN-AU-Mission für Darfur, Farkhanda Iqbal, aus Pakistan (rechts) umarmt eine sudanesischen Polizistin, bevor sie am Marsch zum Internationalen Frauentag in El Fasher, Nord-Darfur, teilnimmt. Foto: Albert González Farran, UNAMID Flickr

Für mehr Sicherheit braucht es mehr Frauen

Derzeit wüten rund 30 blutige Kriege weltweit. Frauen sind von Kriegen anders betroffen als Männer und sie sind ausgeschlossen von Friedensverhandlungen. Vor 20 Jahren, am 31. Oktober 2000, verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen daher die Resolution 1325 zu »Frauen, Frieden und Sicherheit«. Wie die bedeutsame Resolution zustande kam, welche Wirkung sie entfaltet hat und was noch getan werden muss, darum geht es in dieser Ausgabe.

»Es waren sechs Soldaten; sie drangen in mein Haus ein. Sie fragten mich, ob ich leben oder sterben möchte. Dann begannen sie, mich zu vergewaltigen«, erzählt eine kongolesische Frau UN-Bediensteten. Ihr Schicksal ist kein Einzelfall. Es gleicht unzähligen Berichten von Frauen und Mädchen aus Kriegsgebieten.

Gewalt gegen Frauen in Kriegen ist Ausdruck der groben Missachtung der Menschenrechte von Frauen; Frauen werden sexuell missbraucht, misshandelt, vergewaltigt, getötet, und die Verbrechen bleiben fast immer ungesühnt. Oft wird Gewalt gegen Frauen als Kriegstaktik eingesetzt, um Gesellschaften langfristig zu demoralisieren. Auch führt die kontinuierlich ausgeübte Gewalt vor Augen, dass der Charakter der Kriegsführung sich im letzten Jahrhundert verändert hat: Waren im Ersten Weltkrieg unter den Kriegstoten noch fünf Prozent Zivilpersonen, sind es in heutigen Kriegen 90 Prozent. Es werden also statt Kämpferinnen und Soldaten, Zivilpersonen, insbesondere Frauen, ins Visier genommen. Gleichzeitig bleiben Frauen zumeist von der Teilnahme an Friedensverhandlungen und dem Aufbau einer Nachkriegsordnung ausgeschlossen. Frauen sind in Friedensprozessen immer noch zu wenig beteiligt. Nur etwa zehn Prozent aller Verhandlungsführenden in Friedensgesprächen sind Frauen. Nur rund fünf Prozent der militärischen Friedenskräfte sind weiblich.

Die Notwendigkeit, gegen diese Missstände vorzugehen, wurde im Jahr 2000 vom Sicherheitsrat

der Vereinten Nationen (UN-Sicherheitsrat) in der Resolution 1325 erstmals offiziell anerkannt. Dies war nur möglich, weil eine breite Koalition aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Mitgliedstaaten und der damaligen UN-Frauenorganisation UNIFEM gemeinsam dafür kämpfte.

Worum geht es? Die Resolution befasst sich damit, dass Frauen und Mädchen anders als Männer von Konflikten und Kriegen betroffen sind und erkennt die entscheidende Rolle an, die Frauen bei Friedensbemühungen und in Nachkriegsgesellschaften spielen können und bereits spielen. Resolution 1325 bekräftigt, dass Friedensbemühungen länger Bestand haben, wenn Frauen gleichberechtigte Partnerinnen sind.

In den 20 Jahren seit Verabschiedung der Resolution 1325 wurden neun weitere Resolutionen verabschiedet, welche die recht vagen Ziele der Ursprungsresolution weiter konkretisieren.

Alle zehn Resolutionen zusammen bilden ein breites Fundament an Regelungen und Forderungen an Mitgliedstaaten, UN-Organisationen und Zivilgesellschaft. Dieses Regelwerk wird WPS-Agenda genannt. WPS steht für »Women, Peace and Security«, die englische Bezeichnung des Themenbereichs Frauen, Frieden und Sicherheit.

In den Vereinten Nationen kümmern sich viele Organisationen darum, die WPS-Agenda mit Leben zu füllen. Neben dem Sicherheitsrat sind dies vor allem die 2010 neu gegründete Frauen-

organisation UN Women, die Sonderbeauftragte für sexuelle Gewalt in Konflikten, die Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen, die UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW), der Ausschuss zur Überwachung der Frauenrechtskonvention (CEDAW), die Hauptabteilung Friedensmissionen (DPO) und viele andere Einheiten.

Die Resolution hat einen tiefgreifenden Bewusstseinswandel in der internationalen Politik bewirkt. Dadurch, dass der Sicherheitsrat sich über die letzten 20 Jahre kontinuierlich mit dem Thema befasst hat und knapp die Hälfte der 193 UN-Mitgliedstaaten Nationale Aktionspläne (NAPs) aufgestellt haben, die weltweit und in die Gesellschaft hineinwirken, hat sich vieles zum Besseren gewandelt.

Auch Deutschland hat solche NAPs aufgestellt. Damit sollen politische Maßnahmen im Bereich Sicherheitspolitik weltweit und national mit einer Genderperspektive versehen werden. In den Jahren 2019 und 2020 war die Bundesrepublik zudem nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat und legte dabei einen Schwerpunkt auf Frauen, Frieden und Sicherheit.

Im Jahr 2020 hätte eigentlich die fünfte Weltfrauenkonferenz, 25 Jahre nach der vierten Konferenz in Beijing, China, stattfinden sollen. Ziel der Konferenz wäre gewesen, über das hinauszugehen, was 1995 für die Gleichberechtigung erreicht wurde. Doch die UN und zivile Frauen-

Wie kam es zur Resolution 1325?	Seite 2
Die vier Säulen der WPS-Agenda	Seite 3–5
Fallbeispiele aus aller Welt	Seite 4–5
Deutschlands Aktionspläne	Seite 6
Forderungen der Zivilgesellschaft	Seite 6
Deutschland und die WPS-Agenda	Seite 6
Kriegsvergewaltigungen	Seite 7
Frauen in der UN-Friedenssicherung	Seite 7
Zahlen & Fakten	Seite 8
Die WPS-Agenda muss »bunter« werden	Seite 8

organisationen entschieden sich dagegen. Sie befürchteten, dass die derzeitige weltpolitische Lage mit wachsenden fundamentalistischen, reaktionären und populistischen Kräften einen Rückschritt bedeutet hätte.

Die Ende 2019 ausgebrochene Corona-Pandemie hat überdies die in Konfliktsituationen herrschenden Bedingungen der Gewalt und Instabilität verschärft und die Arbeit von Aktivistinnen vor Ort und von Bediensteten an den UN-Standorten erschwert. Fortschritte bei der Umsetzung der WPS-Agenda bleiben wohl unter diesen Bedingungen vorerst die Ausnahme.

Dennoch: Die WPS-Agenda ist umfassend und ehrgeizig. Sie strebt sowohl die radikale Neugestaltung der geschlechtsspezifischen Machtdynamiken, die unsere Welt kennzeichnen, als auch eine globale Verpflichtung auf einen nachhaltigen, positiven Frieden an.



Liebe Leserinnen und Leser,

die globale Agenda »Frauen, Frieden und Sicherheit« (Women, Peace and Security – WPS), die mit der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats ihren Anfang nahm, feiert im Oktober 2020 ihren 20. Geburtstag.

Diese Agenda ist kein »Frauenthema«: Denn die gleichberechtigte Beteiligung an Friedensprozessen und der Schutz vor sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten machen die Welt für alle friedlicher. Die Agenda »Frauen, Frieden und Sicherheit« verknüpft zwei Kernanliegen der Vereinten Nationen, die auch ihren Platz in den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) gefunden haben: Den Einsatz für Frieden und das Streben nach Gendergerechtigkeit.

Diese Ausgabe der Eine-Welt-Presse greift die Zielsetzungen der Agenda auf und zeigt aus verschiedenen Perspektiven, wie sich die Vereinten Nationen mit Genderfragen in Frieden und Sicherheit auseinandersetzen und welche Bedeutung die Zivilgesellschaft dabei hat.

In Praxisbeispielen beleuchten wir, welche Rolle Frauen weltweit in dem Bereich Frieden und Sicherheit einnehmen. Dabei ist die Agenda nicht nur für Staaten in Konflikten von großer Relevanz, sondern auch für jene Staaten, die sich nicht in (gewaltsamen) Konflikten befinden. Die deutsche Bundesregierung legte im Jahr 2012 den ersten Aktionsplan auf und machte die Agenda zu einem Schwerpunkt für ihre Zeit als gewähltes Mitglied im UN-Sicherheitsrat 2019/2020.

Wir sehen hier viele Fortschritte, bemerkenswerte Bemühungen und erfolgreiche Projekte, aber auch noch viele Herausforderungen, auch bei der nationalen und internationalen Umsetzung der Resolution.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre.

Detlef Dzembritzki, DGVN-Vorsitzender

UN im Klassenzimmer

Lehrerinnen und Lehrern an weiterführenden Schulen bietet das Programm »UN im Klassenzimmer«

die Möglichkeit, internationale Politik für ihre Schülerinnen und Schüler erlebbar zu machen. Anhand von interaktiven Präsentationen lernen sie die Funktions- und Arbeitsweisen der Vereinten Nationen kennen und erproben in einer Simulation des UN-Sicherheitsrats ihr diplomatisches Geschick. Die Projekte werden von Studierenden durchgeführt, die sich bereits ausführlich mit den Vereinten Nationen beschäftigt haben.

Studierende mit Interesse an politischer Bildungsarbeit und den Vereinten Nationen können im Rahmen des Projekts »UN im Klassenzimmer« Schülerinnen und Schüler für die Weltorganisation begeistern. Gemeinsam mit einem Teamer bzw. einer Teamerin begleitest du die Schülerinnen und Schüler bei der Erarbeitung des UN-Basiswissens und/oder leitest eine Simulation des Sicherheitsrats an. Die DGVN bereitet dich optimal auf diese Aufgaben vor und stellt alle benötigten Materialien zur Verfügung.

Mehr Infos unter www.UN-Klassenzimmer.de oder direkt per Mail an UNKlassenzimmer@dgvn.de

Wie kam es zur Resolution 1325?

Interview mit Karin Nordmeyer, Vorsitzende von UN Women Deutschland

Wie kam es zur Verabschiedung?

Treibende Kräfte waren unter anderem jene Regierungen, die im eigenen Land eine Gleichstellungspolitik verfolgten, wie etwa Dänemark, Schweden, Namibia oder Kanada. Sie wurden unterstützt von den internationalen Frauenorganisationen, die seit 1945 bei den UN aktiv sind. Daneben leistete die 1947 eingerichtete UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau CSW Pionierarbeit.

Zu einem ersten Meilenstein wurde 1975 die erste UN-Weltfrauenkonferenz in Mexiko-Stadt: Als Folge der Konferenz wurde für die Jahre 1976 bis 1985 eine Frauendekade ausgerufen und der UN-Entwicklungsfonds für Frauen UNIFEM eingerichtet. 1979 trat die Frauenrechtskonvention CEDAW in Kraft, die seither der für Frauen wichtigste bindende Menschenrechtsvertrag ist.

Die UN-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien setzte dann »Gewalt gegen Frauen« auf die Tagesordnung und die UN-Generalversammlung definierte Gewalt gegen Frauen in ihrer »Erklärung über die Beseitigung von jeder Form der Gewalt gegen Frauen«. Als Folge der Menschenrechtskonferenz wurde 1994 Radhika Coomaraswamy zur ersten UN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen vom UN-Generalsekretär ernannt. 2010 übernahm Margot Wallström das neu geschaffene Amt der Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt in Konflikten.

Dass der UN-Sicherheitsrat das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit im Jahr 2000 in einer eigenen Resolution aufgegriffen hat, lag auch an der Erklärung und der Aktionsplattform der Vierten UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing. Vor dem Hintergrund der Massenvergewaltigungen von Frauen und Mädchen in den Kriegen in Bosnien und Herzegowina sowie in Ruanda in den 1990er Jahren wird »Frauen in bewaffneten Konflikten« zu einem Kernthema.

Zum internationalen Weltfrauentag am 8. März 2000 forderte UN-Botschafter Anwarul Chowdhury aus Bangladesch, dass sich der Sicherheitsrat mit den Zusammenhängen zwischen Geschlecht, Frieden und Sicherheit befassen müsse. Von den zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen widmeten sich Women's International League for Peace and Freedom (WILPF), International Alert, Hague Appeal for Peace, Amnesty International, Women's Major Group und viele andere verstärkt dem Kampf gegen geschlechtsbezogene sexualisierte Gewalt in und nach bewaffneten Konflikten. Unterstützt von UNIFEM sowie von fortschrittlichen Staaten, wie etwa Kanada, trug die intensive Lobbyarbeit Früchte und nach einer Sondersitzung des Sicherheitsrats mit Frauenrechtsorganisationen aus Konfliktregionen konnte der Resolutionsentwurf von UN-Botschafterin Netumbo Nandi-Ndaitwah aus Namibia eingebracht und am 31. Oktober 2000 verabschiedet werden.

Was ist das Besondere an der Resolution 1325?

Resolution 1325 ist über die 20 Jahre mit inzwischen neun Nachfolgeresolutionen zu einer umfassenden Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit geworden. Sie hat das Potenzial, einen tiefgreifenden Wandel in der internationalen Politik herbeizuführen. Sie kann zu einem Rechtsinstrument ausgeformt werden, mit dem die Welt verbessert werden kann. Das wird von vielen Staaten als ein wichtiges Element der Friedenssicherung erkannt, wenngleich es an der Umsetzung dieses Anspruchs noch mangelt.

Die Resolution fordert die Strafverfolgung von Täterinnen und Tätern und den Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten Konflikten sowie die aktive Mitwirkung von Frauen in allen Phasen der Konfliktbeilegung, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung.

Ziel der Resolution ist, Frauen besser vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen, ihnen Zugang zu Gerichtsverfahren und öffentlichen Leistungen zu ermöglichen und ihnen Aufgaben als wichtige Gestalterinnen für nachhaltigen Frieden zu übertragen. Ein weiteres Ziel ist, Überlebenden von sexualisierter Kriegsgewalt soziale und gesellschaftliche Anerkennung und ganzheitliche Unterstützung zu geben.

Welche sind die größten Erfolge der Resolution und was wurde noch nicht erreicht?

Zu den größten Erfolgen zählt meiner Meinung nach, dass die strukturellen Hindernisse bei der Umsetzung der Resolution in die öffentliche Debatte getragen wurden, dass über patriarchale diskriminierende Machtstrukturen gestritten wird und dass die vielen Ungleichheiten im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit offengelegt werden. Das führte konkret dazu, dass bereits 86 Staaten Nationale Aktionspläne (NAPs) aufgestellt haben.

Ein weiterer greifbarer Erfolg ist, dass mehr als 1100 von der Terrormiliz »Islamischer Staat« verfolgte und traumatisierte Jesidinnen seit 2016 in Deutschland medizinisch und psychotherapeutisch betreut werden.

Und: Als Deutschland im Juli 2020 den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat hatte, konnte es erreichen, dass 400 Staaten, Regionalorganisationen, UN-Organisationen und internationale Nichtregierungsorganisationen sich auf die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen sowie den Schutz vor sexualisierter Gewalt verpflichten.

Was noch fehlt, sind wirksame Mechanismen zur Umsetzung und zur Rechenschaftspflicht. Es gelang bisher weder, unabhängige Untersuchungsgremien einzurichten, noch die Strafverfolgung der Täterinnen und Täter sicherzustellen.

Mit Blick auf Deutschland bleibt aus meiner Sicht problematisch, dass die Resolution 1325 als ein Frauenförderungsinstrument betrachtet wird und nicht als Richtlinie für eine transformative Politik, die geschlechtergerechte Machtverhältnisse im In- und Ausland überwinden will. Außerdem ist nicht vorgesehen, den dritten NAP mit einem eigenen Haushalt auszustatten.

Welche Rolle spielt UN Women bei der Umsetzung der Resolution?

UN Women wirkt als ein Bindeglied zwischen den UN-Organisationen, den Regierungen und der internationalen Zivilgesellschaft. UN Women liefert Daten, unterstützt Staaten bei der Erstellung von NAPs und berichtet in Studien über den Sachstand. UN Women setzt Regeln für das Handeln von Staaten, arbeitet in Programmen und ist als eigenständige UN-Organisation wichtig für die Wirksamkeit der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Frauenrechte weltweit.

WARUM IST DIE WPS-AGENDA WICHTIG?

Frauen an friedens- und sicherheitspolitischen Prozessen stärker zu beteiligen und einzubeziehen,

✓ trägt zur Verhütung gewaltsamer Konflikte bei;

✓ macht humanitäre Hilfe wirksamer;

✓ unterstützt die Schutzbemühungen der UN-Friedenstruppen;

✓ trägt zum erfolgreichen Abschluss von Friedensgesprächen bei;

✓ trägt zur Erreichung eines langanhaltenden und gerechteren Friedens bei;

✓ verringert die Gefahr eines erneuten Aufflammens von Konflikten;

✓ beschleunigt die wirtschaftliche Erholung nach Konflikten;

✓ wirkt dem gewalttätigen Extremismus entgegen;

✓ erhöht die globale Sicherheit.

Meilensteine der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit

1947

Gründung der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW)

1975

Internationales Jahr der Frau und Erste Weltfrauenkonferenz in Mexiko-Stadt

1975 – 1985

UN-Frauendekade »Gleichheit, Entwicklung und Frieden«

1979

Inkrafttreten der Frauenrechtskonvention (CEDAW)

1980

Zweite Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen

Die vier Säulen der WPS-Agenda: Beteiligung, Schutz, Prävention und Wiedergutmachung

Von Nicola Popovic, Gender Associations

Kriege, Waffengewalt und Konflikte haben für alle Menschen verheerende Folgen. Viele werden schwer verletzt und verlieren ihr Zuhause. Doch Menschen sind, trotz vieler Gemeinsamkeiten, unterschiedlich von Krieg und Krisen betroffen. Neben Faktoren wie Alter, sozialem Status oder Religion spielt das Geschlecht eine große Rolle, welcher Form von Gewalt eine Person ausgesetzt ist und welchen Einfluss sie auf das Kriegsgeschehen oder in einem Friedensprozess ausüben kann.

Neben der Erkenntnis, dass Friedensinitiativen durch die Berücksichtigung einer Geschlechterperspektive wirksamer werden, gibt es auch einen umfassenden rechtlichen Rahmen zu Frauen, Frieden und Sicherheit (Women, Peace and Security – WPS).

Eines der maßgeblichen Dokumente ist hier die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats vom 31. Oktober 2000. Darin verlangt der Rat die aktive Teilnahme von Frauen an Friedensprozessen, an der Konfliktbewältigung und -prävention sowie den Schutz vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen

und Mädchen in bewaffneten Konflikten. Die UN-Mitgliedstaaten sind angehalten, die Bestimmungen der Resolution umzusetzen.

Seit 2000 hat der Rat neun weitere Resolutionen verabschiedet, die einzelne Aspekte zu Frauen, Frieden und Sicherheit genauer definieren. Neben diesen Resolutionen sind rechtsverbindliche Verträge wie die Frauenrechtskonvention (CEDAW) von 1979 und politische Abkommen wie die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung von 2015 wichtig. Der UN-Generalsekretär legt jedes Jahr einen Bericht über den Stand der Umsetzung der Resolution 1325 vor.

Hinzu kommen Regelungen aus dem humanitären Völkerrecht, das in Kriegszeiten zur Geltung kommt sowie das internationale Strafrecht, welches Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord ahndet.

Somit sind die Bestimmungen der WPS-Agenda nicht isoliert zu betrachten, sondern eingebettet in ein umfassendes Netz verschiedener rechtlicher Instrumente, die die vier Säulen der Agenda, wie im Folgenden erläutert, festigen.



Sudanesischen nehmen am 25. Januar 2011 an öffentlichen Anhörungen in Musfa, Blue Nile State, an der Grenze zwischen Nord- und Südsudan, teil. Bei den Anhörungen konnten sich Bürgerinnen und Bürger dazu äußern, ob das Umfassende Friedensabkommen (Comprehensive Peace Agreement – CPA) aus dem Jahr 2005 ihren Erwartungen entsprochen hat. Foto: UN Photo/Tim McKulka

SÄULE 1 BETEILIGUNG AN FRIEDENSMISSIONEN UND IN FRIEDENSPROZESSEN

Seit hundert Jahren setzen sich Frauen für friedliche Konfliktbeilegung und Krisenprävention, den Schutz von Frauen, Minderheiten und Kindern, aber auch für deren gleichberechtigte Beteiligung an Entscheidungsprozessen ein.

Bis heute sind es vor allem Menschenrechtsaktivistinnen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die vor Ort humanitäre Aufgaben übernehmen und auf soziale Missstände aufmerksam machen. Häufig werden sie allerdings dafür beschimpft, bedroht, angegriffen oder sogar umgebracht. Zu beobachten sind hier zwei gegenläufige Trends: Während auf der einen Seite in sozialen Netzwerken, in Rundfunk und Fernsehen in vielen Ländern ein starker

Gegenwind zu Gleichstellungsfragen zu spüren ist, werden Frauen auf der anderen Seite von Entscheidungsträgern immer stärker in sicherheitspolitische Prozesse eingebunden.

Die wichtige Rolle, die Frauen in Friedensprozessen, Friedensmissionen und Versöhnungsprozessen einnehmen können, wurde über die letzten Jahrzehnte zunehmend auch von internationalen Organisationen und Regierungen anerkannt. Studien belegen, dass Friedensabkommen mit der aktiven Beteiligung von Frauen länger halten und umfassender wirken. In Indonesien, Kolumbien oder Liberia beispielsweise haben sich Frauen aktiv am Friedens- und Versöhnungsprozess beteiligt und so für nachhaltigere Friedensabkommen gesorgt.

Deshalb fördern viele Nationale Aktionspläne zur Umsetzung von Resolution 1325 auch immer mehr die Aus- und Weiterbildung von Mediatorinnen in Friedensprozessen und die Besetzung diplomatischer Posten mit Frauen, um das starke Ungleichgewicht auszugleichen und Friedens- und Sicherheitspolitik vielfältiger zu machen.

Ähnlich sieht es in den Friedensmissionen in Konfliktländern aus. Mehr als 90 Prozent des militärischen und polizeilichen Einsatzpersonals ist männlich. Das Argument, dass besonders »männliche Qualitäten« in Kriegs- und Krisengebieten gefragt sind, ist allerdings längst überholt. In Friedenseinsätzen und bei sicherheitspolitischen Fragen geht es nämlich nicht

nur um den Schutz vor Waffengewalt, sondern auch um die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser, um Gesundheit und Hygiene, den Zugang zu Bildung sowie um den Schutz der Menschenrechte.

Bei all dem spielen Frauen eine entscheidende Rolle. In der Vergangenheit ist es besonders weiblichen Einsatzkräften gelungen, in direkten Kontakt zur lokalen Bevölkerung zu kommen und auch über sensible Themen wie sexualisierte Gewalt zu sprechen. Deshalb fördern die Vereinten Nationen die Teilnahme von Frauen an Friedenseinsätzen. Auch Deutschland beteiligt sich daran, den Anteil weiblichen Friedenspersonals bei zivilen, polizeilichen und militärischen Einsatzeinheiten zu erhöhen.

SÄULE 2 SCHUTZ VOR SEXUELLER GEWALT IN KRIEGEN

Dem Schutz vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt wird nicht nur in Resolution 1325 besondere Aufmerksamkeit geschenkt, sondern in mehreren Folgeresolutionen (insbesondere 1820, 1889, 1960, 2106 und 2467). Durch diese Resolutionen wurden Mechanismen und Institutionen geschaffen, die die Strafverfolgung, die Prävention und einen angemessenen Umgang mit dieser Form der Gewalt gewährleisten sollen.

Zusätzlich werden seit Ende der 1990er Jahre Kriegsverbrecherinnen und Kriegsverbrecher vor Strafgerichten und seit dem Jahr 2002 auch vorm Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)

in Den Haag angeklagt. Insbesondere durch die unzähligen Fälle von sexualisierter Gewalt in Bosnien und Herzegowina sowie in Ruanda, wurden Vergewaltigungen, sexuelle Sklaverei, erzwungene Prostitution und Zwangssterilisation als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder sogar als Teil eines Völkermords von den jeweiligen Kriegstribunalen anerkannt. Auf Basis dieser Rechtsprechung definiert der IStGH die verschiedenen Formen sexueller Gewalt und von Misshandlungen, sodass individuelle Straftäterinnen und Straftäter international für ihre Verbrechen während Kriegs- und Friedenszeiten zur Rechenschaft gezogen werden können. Trotz all dieser internationalen

Regelungen und der Rechtsprechung ist es nach wie vor sehr schwer, die Täterinnen und Täter zu fassen und ihnen den Prozess zu machen.

Um wirksam zu sein, muss dieses ausgefeilte Regelwerk nämlich auch von der Polizei und den Justizbehörden vor Ort anerkannt und angewandt werden. Es muss beispielsweise der Zeugen- und Opferschutz gewährleistet sein. Oftmals trauen sich die misshandelten Frauen nicht, zu einem Verbrechen auszusagen oder sie werden sogar eingeschüchtert. Resolution 2467, die Deutschland im April 2019 in den Sicherheitsrat eingebracht hat, stellt gerade diesen opferzentrierten Ansatz in den Mittelpunkt.

Schutz zu gewähren, ist in Kriegs- und Krisengebieten besonders schwierig. Gerade sexuelle Übergriffe und Gewalt finden oft hinter verschlossenen Türen statt oder in unübersichtlichen, chaotischen Situationen. Polizeiarbeit wird dadurch erschwert. Oft fehlen die forensischen Hilfsmittel (DNA-Tests) und der direkte Zugang von den Betroffenen zu vertrauenswürdigen Sicherheitskräften. Schlimmer noch: nicht selten sind Sicherheitskräfte selbst an diskriminierenden und gewaltsamen Handlungen beteiligt. Auch dies wird von der WPS-Agenda aufgegriffen. Seit 2009 gibt es sogar eine UN-Sonderbeauftragte für sexuelle Gewalt in Konflikten, deren Posten durch UN-Resolution 1888 ins Leben gerufen wurde. »

1985

Die Dritte Weltfrauenkonferenz in Nairobi bekräftigt, dass Frieden nur möglich ist, wenn alle Gewalt gegen Frauen beendet wird.

1993

Die Weltmenschrechtskonferenz erkennt Frauenrechte als Menschenrechte an.

1994

Der Posten einer Sonderberichterstatterin des UN-Generalsekretärs zu Gewalt gegen Frauen wird eingerichtet.

1995

Die Vierte Weltfrauenkonferenz in Beijing verabschiedet Erklärung und Aktionsplattform; erkennt das Thema »Frauen in bewaffneten Konflikten« als wichtig an.

2000

Die Windhuk-Erklärung und der Namibia-Aktionsplan enthalten wichtige Empfehlungen für eine geschlechtergerechte Ausrichtung von Friedensoperationen.

2000

Politische Erklärung und Ergebnisdokument der 23. Sondergeneralversammlung (Beijing+5) enthalten Forderungen u. a. zu Frauen und bewaffnetem Konflikt.



HAITI ↗



UN Photo/Marco Dominio

Bangladesch war eines der ersten Länder, das den UN rein weibliche Polizeieinheiten zur Verfügung gestellt hat. Eine solche Einheit wurde 2010 nach Haiti geschickt, um beim Wiederaufbau nach dem verheerenden Erdbeben zu helfen.

SCHWEDEN ↗



CBSS Secretariat/Flickr (CC BY 2.0)

Schwedens damalige Außenministerin Margot Wallström führte 2014 eine feministische Außenpolitik ein. Im Mittelpunkt der Neuausrichtung stehen drei Rs: Rechte, Repräsentation und Ressourcen. 2018 stellte die Regierung überdies ein Handbuch zur feministischen Außenpolitik vor. Zu den Erfolgen zählt Schweden, dass es ein Netzwerk von Mediatorinnen aufgebaut hat, die auf der ganzen Welt tätig sind und dass 40 Prozent der Botschaften Schwedens von Frauen geleitet werden.

MALI ↘

Der Friedensprozess in Mali mündete 2015 in ein Friedensabkommen. Am Prozess waren über zehn Ko-Vermittelnde beteiligt, darunter die UN, die EU und die Afrikanische Union. Aber der federführende Vermittler und mehrere Ko-Vermittelnde hatten die Beteiligung von Frauen am Friedensprozess, trotz der breiten Mobilisierung der malischen Frauen, nicht für wichtig erachtet. Sie begründeten ihr Zögern mit kulturellen Argumenten, der Befürchtung, dass sich die Verhandlungen dadurch verzögern würden, und der Vorstellung, dass Frauen besser in den Aussöhnungsprozess nach einem Friedensabkommen einbezogen werden sollten. Die am internationalen Vermittlungsteam beteiligten Diplomaten waren alle Männer über 55 Jahre. Unter den 100 Delegierten der drei Verhandlungsgruppen, die an den Gesprächen teilnahmen, befanden sich nur fünf Frauen.

LIBERIA ↗



UN Photo/Andi Gltow

In Liberia sorgen Frauen für mehr Sicherheit in ihren Gemeinden und ermöglichen den Zugang von Überlebenden von sexualisierter Gewalt zu Dienstleistungen durch sogenannte Peace Huts. Peace Huts sind den traditionellen Justizmechanismen der Palava Huts nachempfunden, in denen männliche Anführer wichtige Themen diskutieren und Urteile zu lokalen Streitigkeiten fällen. In den Peace Huts sind es Frauen, die Konflikte schlichten, Beratungen für Überlebende anbieten und als Bindeglied zwischen der Gemeinschaft und der örtlichen Polizei fungieren.

KONGO ↗

15 pakistanische Offizierinnen bilden das erste rein weibliche Team aus Pakistan, das in einer UN-Friedensmission dient. Das Team wurde im Juni 2019 in Süd-Kivu eingesetzt. Die Offizierinnen dienen der Region als Psychologinnen, Stressberaterinnen, Berufsbildungsbeauftragte, Gender-Beraterinnen, Ärztinnen, Krankenschwestern, Operationsbeauftragte, Informationsbeauftragte und Logistikbeauftragte. 17 weitere pakistanische Offizierinnen kamen im Februar 2020 hinzu.

KONGO ↗



UN Photo/Marie Frechon

Im Konflikt in Ostkongo wird sexualisierte Gewalt bewusst als Waffe eingesetzt. Frauen sind daher besonders häufig Opfer barbarischer Gewaltakte. Der Gynäkologe Denis Mukwege hat das Panzi-Krankenhaus gegründet, um misshandelte Frauen zu versorgen und ihnen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Für sein Engagement wurde Mukwege 2018 der Friedensnobelpreis verliehen.

KOLUMBIEN ↗



UN Photo/Rick Bajomas

Im November 2016 unterzeichneten die kolumbianische Regierung und die FARC-Guerilla einen Friedensvertrag, der den seit den 1960er Jahren herrschenden Krieg beendete. Frauen hatten daran einen großen Anteil. Als die Friedensgespräche zwischen der Regierung und der FARC Anfang 2002 scheiterten, beharrten viele Frauenorganisationen darauf, politische Lösungen zu finden und den Boden für künftige Verhandlungen zu bereiten. Sie organisierten Friedensmärsche, vermittelten in ihren Gemeinden in Konflikten, führten direkte Dialoge mit bewaffneten Gruppen, um Geiseln zu befreien, holten Kindersoldaten zurück und hoben Straßenblockaden auf, um den Durchgang von Nahrungsmitteln, Medikamenten und Menschen zu sichern.

Als Ende 2012 in Norwegen neue Runden von Friedensgesprächen eingeleitet wurden, saßen fast nur Männer am Tisch. Doch ein Jahr später führten Mobilisierung und unermüdliche Fürsprache von Frauen in Verbindung mit internationaler Unterstützung dazu, dass bei den Friedensgesprächen in Havanna, Kuba, auf beiden Seiten etwa ein Drittel der Delegierten Frauen waren. Zudem wurde eine Unterkommission für Geschlechterfragen eingerichtet, um sicherzustellen, dass eine Geschlechterperspektive in den Friedensprozess einbezogen wird.

SÄULE 3 PRÄVENTION VON BEWAFFNETEN KONFLIKTEN

Wie wichtig es ist, bewaffneten Konflikten vorzubeugen, zeigt sich oft, wenn es bereits zu spät ist und ein Konflikt eskaliert. Wenn bestimmte Gruppen von Menschen ausgeschlossen und diskriminiert werden, ihnen Gewalt angedroht wird und allgemein die bewaffnete Gewalt zunimmt, sind dies ernste Anzeichen für einen beginnenden gewaltsamen Konflikt. Oft werden in solchen Ländern oder Regionen Männer und Frauen nicht gleichbehandelt und es herrschen stereotype Rollenbilder vor. Religiöse, sexuelle oder politische Minderheiten werden diskriminiert, vermeintlich sozial schwache Gruppen sind benachteiligt.

Es ist daher sehr wichtig, diese Muster von Diskriminierung und Gewalt möglichst frühzeitig zu erkennen. Eine gleichberechtigte Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen an Entscheidungsprozessen, insbesondere zu sicherheitspolitischen Fragen, kann dazu beitragen, Konflikte zu verhindern.

Dazu können auch Reformen im Sicherheitssektor gehören, die verschiedene Bevölkerungsgruppen und geschlechtersensible Perspektiven einbeziehen. Polizei, Militär, Justiz, Parlament und andere – sogar nichtstaatliche Akteure – sind

durch eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und die Berücksichtigung von geschlechterspezifischen Gewaltdynamiken wesentlich effektiver und tragen dazu bei, bewaffnete Konflikte zu verhindern und Krisen zu entschärfen. Ungleichbehandlungen bei der Grundversorgung, bei der politischen Teilhabe und beim Schutz können langanhaltende negative Folgen haben, die ganzen Regionen entscheidende Entwicklungsmöglichkeiten vorenthalten oder zum Wiederaufblühen von Waffengewalt führen.

Hinzu kommt der angemessene Umgang mit extremistischen diskriminierenden Äußerungen für eine erfolgreiche Konfliktprävention. Viele Formen des Extremismus haben eine geschlechterspezifische Komponente. Sie bedienen sich beispielsweise militarisierten Männlichkeitsbildern für die Rechtfertigung von Gewalt. Deshalb wird in vielen Ländern durch die aktive Unterstützung der Resolution 2242 auch eine Geschlechterperspektive in der Vorbeugung von gewalttätigem Extremismus berücksichtigt.

2000

Resolution 1325 legt den Grundstein für die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit.

Darin werden UN-Mitgliedstaaten und Konfliktparteien aufgefordert, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konflikt-schlichtung und den Wiederaufbau einzubeziehen.

2007

Der UN-Generalsekretär schafft die Koordinierungsstelle UN Action zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt in Konflikten, in der 15 UN-Organisationen zusammenarbeiten.

2008

Resolution 1820 legt Grundsätze zum Umgang mit sexueller Gewalt in Konflikten fest (u. a. strafrechtliche Verfolgung und Sanktionen).

2009

Resolution 1888 fordert die Einbeziehung von Frauen in Friedensmissionen, schafft den Posten der Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt in Konflikten und Beraterinnen zum Schutz von Frauen in Friedensmissionen.

2009

Resolution 1889 fordert die breitere Mitwirkung von Frauen an Friedensprozessen.

2010

Gründung von UN Women mit Mandat zur Unterstützung der Umsetzung der Resolution 1325.

ZYPERN ↗

UN Photo/Jean-Marc Ferré



Von 2014 bis 2016 war die norwegische Generalmajorin Kristin Lund die erste weibliche Truppenkommandantin einer UN-Friedensmission, der UNFICYP auf Zypern. Unter ihrem Kommando sorgten 900 Soldatinnen und Soldaten dafür, dass der Waffenstillstand auf der geteilten Insel eingehalten wurde.

UKRAINE ↗

Im Juni 2016 erweiterte das ukrainische Verteidigungsministerium die Liste der für Frauen zugelassenen militärischen Verwendungen, darunter der Einsatz als Scharfschützinnen oder Fahrerinnen von Einsatzfahrzeugen. Maßgeblich für die Öffnung der ukrainischen Armee für Frauen war das Graswurzel-Projekt »Invisible Battalion«, das von Frauen mit Kampferfahrung ins Leben gerufen wurde. Nur drei Jahre nach Beginn des Projekts wurde die Liste der für Frauen zulässigen Verwendungen erweitert und die benötigte Infrastruktur, wie sanitäre Anlagen, ausgebaut.

AFGHANISTAN ↘



Frauenrechte und geschlechtsspezifische Bestimmungen kommen weder im Friedensabkommen zwischen den USA und den Taliban noch in der Gemeinsamen Erklärung von den USA und Afghanistan vom Februar 2020 vor. US-Außenminister Mike Pompeo hatte sich geweigert, Frauen in die Friedensgespräche einzubeziehen. Folglich wurden Frauen kaum in die Verhandlungen eingebunden und ihre Rechte werden in keinem der beiden für die Zukunft Afghanistans zentralen Dokumente erwähnt.

LIBANON ↗

Frauen, die im Bereich Minenräumung arbeiten, sind selten. Zeina Saleh vom UN Mine Action Service (UNMAS) in Südlibanon gehört zu den sehr wenigen Frauen, die unter extrem gefährlichen Bedingungen als Kampfmittelbeseitigerin arbeiten. Sie kam 2013 als Sachbearbeiterin für Dateneingabe zu UNMAS und wurde, nachdem sie die erforderlichen Zertifizierungen erhalten hatte, Qualitätssicherungsbeauftragte.

PHILIPPINEN ↗

Im März 2014 unterzeichneten die philippinische Regierung und die Moro Islamic Liberation Front (MILF) ein umfassendes Friedensabkommen, das den Weg für die Schaffung einer neuen autonomen politischen Einheit namens »Bangsamoro« auf den südlichen Philippinen ebnete.

Das Friedensabkommen enthält zahlreiche Bestimmungen zu Frauenrechten: Acht seiner 16 Artikel erwähnen Mechanismen zur Einbeziehung von Frauen in die Regierungsführung oder zum Schutz vor Gewalt. Dies war das direkte Ergebnis der Beteiligung von Frauen an den Verhandlungen, die auf einer langen Geschichte der Führung von Frauen auf lokaler und nationaler Ebene aufbauten.

ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK ↗

Dr. Arya Khadka ist eine nepalesische Friedenssoldatin, die in der Zentralafrikanischen Republik als Stabsärztin arbeitet. Dort werden Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung des Corona-Ausbruchs durchgeführt. Khadka und ihr Team klären die Soldatinnen und Soldaten über Symptome von Corona und Maßnahmen zur seiner Bekämpfung auf.

BURUNDI ↗

In Burundi haben im Jahr 2015 politische Konflikte und Wahlkämpfe zu Konfrontationen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden geführt. Ein neues landesweites Netzwerk von Mediatorinnen war in Gruppen von vier Frauen in 129 Gemeinden im ganzen Land tätig. Es konnte zwischen Januar und Mai 2015 mehr als 3000 lokale Konflikte bearbeiten.

LESOTHO ↗

GIZ/Amabelle Metzner



Für Lesotho wurde eine App zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt entwickelt. Mit der App können sich Frauen (und Männer), die Gewalt erlebt haben, beraten lassen, sich mit anderen Betroffenen austauschen und einen Notruf absetzen. Sie heißt Nokaneng – Dein sicherer Raum. Fragen zu geschlechtsspezifischer Gewalt können in der App anonym gestellt werden. Sie werden dann von Fachkräften oder auch von anderen Usern beantwortet.

SÄULE 4 WIEDERGUTMACHUNG, HILFE UND STRAFRECHTLICHE VERFOLGUNG

Nach einem bewaffneten Konflikt mit seinen unzähligen Gräueltaten, kann es Generationen dauern, bis Versöhnung und Wiedergutmachung möglich wird. Um ein Wiederaufflammen von Gewalt zu verhindern, müssen Prozesse des friedlichen Miteinanders mit Fingerspitzengefühl begleitet werden. Meist bedarf es gezielter psychologischer Betreuung und einer Trauma-Arbeit, insbesondere bei Fällen sexualisierter Gewalt, damit eine gesellschaftliche Eingliederung überhaupt möglich ist.

Dabei spielen Vergebung, Gerechtigkeit und Wahrheitsfindung eine große Rolle. Mechanismen der Übergangsjustiz (transitional justice) müssen nicht nur verschiedene Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt zu Wort kommen lassen, sondern auch Entschädigungen und Wiedergutmachung aushandeln. Insbesondere bei Fällen sexualisierter Gewalt ist dies oft schwierig, da die Betroffenen nicht gerne offen über das Erlebte sprechen. Sie fühlen sich erniedrigt und werden häufig gesellschaftlich stigmatisiert. In manchen Fällen wird sogar den Betroffenen die Schuld gegeben und Kinder,

die aus Vergewaltigungen entstanden sind, werden als Last empfunden. Wenn diese Wunden und Traumata nicht vollständig überwunden werden, überträgt sich Hass und Abneigung auf künftige Generationen. Dies macht den Versöhnungsprozess schwierig und langwierig.

Die Strafverfolgung auf nationaler Ebene wird von der internationalen Staatengemeinschaft unterstützt. UN Women arbeitet beispielsweise in Kolumbien, Kosovo oder in den Philippinen daran, dass die Stimmen der Frauen in Übergangsjustizsystemen gehört, geachtet und

berücksichtigt werden. Darunter fällt auch die Unterstützung für Überlebende von sexualisierter Gewalt in den jeweiligen Konflikten, Rechtsberatung, psychosoziale Hilfe, Aufklärung über internationale Regelwerke und vor allem die Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft. Denn die Zivilgesellschaft trägt nicht nur dazu bei, Brücken zwischen Überlebenden und Täterinnen und Tätern zu bauen sowie Frauen besser an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, sondern unterstützt auch, dass Gewaltausbrüche und kriegsrische Auseinandersetzungen geahndet und im besten Falle verhindert werden können.

2010

Resolution 1960 überträgt die Schutzverantwortung auf die Missionsleitung und führt Listen über Konfliktparteien ein, die sexuelle Gewalt anwenden.

2013

Resolution 2106 fordert Sanktionen und Prävention sexueller Gewalt.

2013

Resolution 2122 fordert den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten, auch in Bezug auf Schwangerschaften infolge von Vergewaltigungen.

2015

Resolution 2242 legt eine Null-Toleranz-Haltung gegenüber sexuellem Missbrauch durch Friedenstruppen fest und fordert die Verdoppelung des Anteils von Frauen in Friedenseinsätzen bis 2020.

2019

Resolution 2467 fordert alle Konfliktparteien auf, sexuelle Gewalt in Konflikten zu beenden und stellt Opfer und Überlebende in den Mittelpunkt.

2019

Resolution 2493 fordert die Schaffung eines sicheren Umfelds für weibliche Führungspersönlichkeiten, für Mediatorinnen und Menschenrechtsverteidigerinnen.

Vom Beschließen zum Handeln

Die Nationalen Aktionspläne Deutschlands

Um die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit mit Leben zu füllen, müssen die Mitgliedstaaten ihre Außen- und Innenpolitik an den Zielen der Resolution 1325 ausrichten. Der UN-Sicherheitsrat forderte die Staaten im Jahr 2004 dazu auf, Nationale Aktionspläne (NAPs) zu erarbeiten. Bisher haben 86 Staaten solche NAPs aufgestellt, Dänemark war 2005 das erste Land. Deutschland kam dieser Aufforderung acht Jahre später nach.

ERSTER AKTIONSPLAN 2013 BIS 2016

Der erste NAP sollte dazu beitragen, das außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitische Engagement Deutschlands strategischer auszurichten. Die regionalen Schwerpunkte lagen auf Afrika, Osteuropa und dem Nahen Osten. Bilateral arbeitete Deutschland mit (Nach-)Konfliktgesellschaften und Krisenländern wie Afghanistan, Kolumbien und Mali zusammen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisierten, dass der Plan keinen eigenen Haushalt, keine klare Zielformulierungen oder Indikatoren zur Messung der Zielerreichung enthielt und sich fast ausschließlich aufs Ausland bezog.

Bis August 2020 haben 86 Länder einen Nationalen Aktionsplan für die Umsetzung der Resolution 1325 verabschiedet.
Quelle: Women's League for Peace and Freedom (WLFP).

ZWEITER AKTIONSPLAN 2017 BIS 2020

Im zweiten Aktionsplan wurden die bilateralen Projekte in Jemen, Kolumbien und Syrien fortgesetzt. Dabei ging es darum, Frauen in die Friedensverhandlungen einzubinden, die Geschlechterperspektive einzubeziehen sowie alternative, nicht gewaltfördernde Rollenbilder zu entwickeln. Zwei neue Themen kamen hinzu: Schutz und Wiedereingliederung von Frauen und Mädchen auf der Flucht sowie eine Genderperspektive bei Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und gewaltsamem Extremismus.



DRITTER AKTIONSPLAN 2021 BIS 2024

Für den dritten Aktionsplan holte das Auswärtige Amt Empfehlungen der Zivilgesellschaft ein. Die Beratungen ergaben, dass es besonders wichtig sei, Einschränkungen der Frauenrechte durch rechte Ideologien und die Corona-Pandemie entgegenzuwirken, und Überlebende zu unterstützen. Außerdem sollen Indikatoren und zeitliche Rahmenvorgaben eingeführt werden.

Andere Machtverhältnisse statt Frauenförderung

Forderungen der Zivilgesellschaft an die Bundesregierung

Der Nationale Aktionsplan (NAP) wird in Deutschland vom Auswärtigen Amt erstellt. In die Ausarbeitung werden seit einigen Jahren Frauen- und Menschenrechtsorganisationen einbezogen. Für den dritten NAP, der für die Jahre 2020 bis 2024 gilt, fordert ein zivilgesellschaftliches Bündnis, dass die WPS-Agenda nicht mehr als ein Instrument zur Förderung

von Frauen betrachtet wird, sondern als eine Richtlinie für eine transformative Politik in Deutschland und weltweit. Machtverhältnisse, die Frauen diskriminieren, müssten überwunden werden.

Feministinnen und Feministen kritisieren zudem den militaristischen Ansatz bei der Umsetzung

der WPS-Agenda: Vielen Staaten gehe es in erster Linie darum, Frauen in der Armee Männern gleichzustellen, statt ein feministisches Konzept von Sicherheit zu verfolgen. Den Weg, den Schweden mit seiner feministischen Außenpolitik geht, scheint vielen Aktivistinnen und Aktivisten ein Vorbild zu sein. Zudem gebe es kaum geschlechtersensible Konfliktanalysen

und Folgeabschätzungen. Die Tatsache, dass Deutschland zu den größten Waffenexporteuren gehört, unterwandere die Bemühungen, gewaltsame Konflikte zu verhindern. Die bisherigen NAPs berücksichtigten auch nicht, dass Frauen ganz unterschiedlich von Gewalt und Ausgrenzung betroffen sind, zum Beispiel Frauen mit Migrationshintergrund anders als Frauen ohne.

Störfaktor Familienplanung

Deutschland und die WPS-Agenda im UN-Sicherheitsrat. Von Ashish Pradhan, Senior UN Analyst, International Crisis Group

Deutschland wurde für die Jahre 2019/2020 in den UN-Sicherheitsrat gewählt. Ein Arbeitsschwerpunkt in dieser zweijährigen Amtszeit war die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit. Ist es Deutschland gelungen, die Agenda voranzubringen?

Als Deutschland im April 2019 für einen Monat den Vorsitz im Sicherheitsrat übernahm, war ein Ziel, einen neuen Mechanismus einzurichten, der Überlebende in Bezug auf Sexualität und Familienplanung (sexuelle und reproduktive Gesundheit) schützt und mit dem überprüft

werden kann, ob Konfliktparteien gegen sexuelle Gewalt vorgehen. Doch starker Druck der Vetoländer China, Russland und USA führte dazu, dass Deutschland weitreichende Zugeständnisse machen musste. So mussten Verweise auf Sexualität und Familienplanung aus dem Text der Resolution 2467 gestrichen werden, weil die USA mit einem Veto gedroht hatten. Die USA unterstützen keine Maßnahmen, die Abtreibungen erleichtern.

Deutschland musste daher seine Strategie ändern. Die gescheiterten Verhandlungen hatten nur zu deutlich gezeigt, dass es kaum Spielraum gab, um die Staaten auf mehr Hilfe und Unterstützung für Frauen zu verpflichten. Stattdessen bemühte man sich, die Umsetzung bestehender Verpflichtungen nach Resolution 1325 und ihren Nachfolgeresolutionen zu stärken. Immerhin enthält die Resolution 2467 zwei Neuerungen. Zum einen fordert sie den Schutz für Kinder, die als Folge einer Vergewaltigung geboren wurden, und zum zweiten werden nun auch Männer und Jungen als Leidtragende sexueller Gewalt angesprochen.

Deutschland hat während seiner Amtszeit im Sicherheitsrat auch den Ko-Vorsitz in der

Informellen Expertengruppe des Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit inne. Die Gruppe analysiert die Situation von Frauen in einzelnen Ländern und macht dem Sicherheitsrat Empfehlungen. Konkret erreichte Deutschland in dieser Gruppe, dass Frauen stärker am Friedensprozess in Afghanistan beteiligt werden, dass Frauen im Übergangsprozess in Südsudan vertreten sind und dass die Behörden in Myanmar sich angemessener mit geschlechtsspezifischer Gewalt befassen müssen.

Um die Wirksamkeit der Expertengruppe zu erhöhen, brachte Deutschland die dort erarbeiteten Empfehlungen in die Diskussionen des Sicherheitsrats ein, insbesondere als es um die Erneuerung von Mandaten für Friedensoperationen ging. Diese Bemühungen wurden jedoch von China und Russland kategorisch abgelehnt. Sie sahen darin eine Ausweitung des Mandats der Expertengruppe.

Ob das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit im Sicherheitsrat in nächster Zeit vorangebracht werden kann, scheint fraglich. Ein realistischeres kurzfristiges Ziel ist es, zu verhindern, dass frühere Vereinbarungen wieder zurückgenommen werden, was durchaus passieren könnte.



Die Studentin und Protestlerin gegen Sudans Präsidenten Omar Al-Bashir, Alaa Salah, hielt im Sicherheitsrat am 29. Oktober 2019 eine Rede, in der sie Geschlechtergerechtigkeit für ihr Land forderte. Foto: UN Women/Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Kriegsvergewaltigungen: Ein Unrecht, das Gesellschaften zerstört

Von Jeannette Böhme, medica mondiale e. V.

Zwischen 20.000 und 50.000 Frauen und Mädchen, so schätzt man, wurden Anfang der 1990er Jahre während des Krieges in Bosnien und Herzegowina vergewaltigt. Viele von ihnen waren über Monate hinweg in Lagern sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Es waren jedoch insbesondere die systematischen Massengewalttaten muslimischer Bosnierinnen durch Milizionäre, die weltweite Empörung auslösten. Damit rückten Kriegsvergewaltigungen zum ersten Mal unübersehbar ins Blickfeld der Öffentlichkeit.

Kriegsvergewaltigungen sind jedoch kein neues Phänomen. Sie sind Bestandteil jeder kriegerischen Auseinandersetzung. Dabei werden sie unter anderem als strategische Waffe eingesetzt – mit dem Ziel, den Gegner zu demütigen und Gesellschaften zu zerstören. So senden Soldaten, Paramilitärs und andere bewaffnete Gruppen mit der Vergewaltigung von Frauen und Mädchen immer auch die Botschaft an den Feind: Ihr könnt »Eure« Frauen nicht beschützen.

Dass diese Botschaft so gesendet werden kann und verstanden wird, liegt am weit verbreiteten Sexismus, der unsere Gesellschaften prägt. In vielen Teilen der Welt gelten Frauen als minderwertig, auch in friedlichen Zeiten. Die Frau wird als persönlicher Besitz des Mannes betrachtet und verkörpert die Ehre der Familie. Durch Vergewaltigungen werden Besitz und Ehre des Mannes verletzt, und die betroffenen Frauen gelten als »geschändet«. Statt die Frauen zu

unterstützen, gibt ihnen die Gesellschaft noch die Schuld an der erlittenen Gewalt.

DIE FOLGEN REICHEN IN DIE NÄCHSTE GENERATION

Dies zeigen auch die Erfahrungen aus dem Bosnien-Krieg. Auch 20 Jahre nach dem Krieg, so ergab eine Studie zu Langzeitfolgen, werden die Betroffenen gesellschaftlich ausgegrenzt. Diese anhaltende Ausgrenzung erschwert die Verarbeitung des Erlebten. Menschen, die sexualisierte Kriegsgewalt erlebt haben, wird der Mut genommen, über die eigenen Erfahrungen zu sprechen, sich Unterstützung zu suchen und ihre Gefühle anderen mitzuteilen.

Auch auf gesellschaftlicher Ebene sind die Folgen dieser Ausgrenzung schwerwiegend. Nicht bearbeitete traumatische Erfahrungen können sich auf die nächste Generation übertragen. Trauer, Angst, Scham und Gewalt werden weitergegeben und verhindern einen versöhnlichen, konstruktiven Umgang mit der Zukunft.

DIE GESELLSCHAFT MUSS DAS UNRECHT ANERKENNEN

Um zu verhindern, dass eine Traumatisierung von einer auf die nächste Generation weitergetragen wird, müssen Politik und Gesellschaft das Unrecht anerkennen und die Täter zur Rechenschaft ziehen. Statt die Überlebenden

auszugrenzen, müssen ihre Familien, Gemeinden sowie Politikerinnen und Politiker sie umfassend unterstützen.

Eine solche Anerkennung gibt es bis heute in Bosnien und Herzegowina nicht. Ein Grund dafür ist, dass sexualisierte Gewalt nicht in das Friedensabkommen von Dayton aufgenommen wurde. Frauen wurden an den Friedensverhandlungen nicht beteiligt und ihre Rechte nicht berücksichtigt. Die gemeinschaftliche Aufarbeitung der Kriegsverbrechen und der Traumata wurde so enorm erschwert.

AKTIVISTINNEN MUSSTEN ZUGESTÄNDNISSE HART AUSHANDELN

Doch es wurden auch einige Fortschritte erzielt. Nach jahrelangen zähen Verhandlungen haben bosnische Aktivistinnen erreicht, dass Überlebende per Gesetz als zivile Opfer des Krieges anerkannt werden. Seit 2006 können sie eine monatliche Rente von umgerechnet rund 275 Euro beantragen. Die Rente ist ein Zeichen der gesellschaftspolitischen Anerkennung und verbessert die Lebenssituation unmittelbar.

Auch auf internationaler Ebene hat sich seit dem Bosnien-Krieg einiges getan. Galten Kriegsvergewaltigungen lange Zeit als »Kollateralschäden«, also als Schäden, die während des Krieges unbeabsichtigt entstehen und sich nicht vermeiden lassen, sind Vergewaltigung, sexuelle

Versklavung, Zwangsverheiratung und Zwangssterilisation sowie andere Formen sexualisierter Gewalt nun als Kriegsverbrechen anerkannt und können von internationalen Strafgerichten bestraft werden. Diese offizielle Verurteilung von sexualisierter Kriegsgewalt ist ein wichtiges Signal an Politik und Gesellschaften weltweit, dass Frauen nicht für das ihnen angetane Unrecht verantwortlich zu machen sind.

WIR ALLE SIND GEFRAGT!

Um Frauen und Mädchen wirksam zu schützen, reicht es nicht, auf die Gewalttaten zu schauen. Wir müssen auch die Ursachen von sexualisierter Gewalt in den Blick nehmen. Denn sexualisierte Gewalt vor, in und nach bewaffneten Konflikten geschieht nicht im luftleeren Raum, sondern ist Ausdruck diskriminierender Geschlechterverhältnisse. Die Rechte, Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Mädchen werden denen von Männern und Jungen in patriarchalen Gesellschaften untergeordnet – auch in Friedenszeiten.

Die Folgen von Kriegsvergewaltigungen können nur verarbeitet werden, wenn wir diesen Zusammenhang ernst nehmen. Dies ist keine kurzfristige Angelegenheit, sondern bedarf einer grundlegenden Veränderung diskriminierender Strukturen, Normen und Verhaltensweisen. Es geht schließlich um nichts Geringeres als darum, Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen.

Die Ausnahme: Frauen in der UN-Friedenssicherung

Von Marie-Luise Kemnitz, ehemals Bundeswehr

Resolution 1325 und ihre Folgeresolutionen fordern eine verstärkte Vertretung und Teilhabe von Frauen auf allen Entscheidungsebenen der Konfliktlösung. Dies schließt die UN-Friedensmissionen ausdrücklich ein.

Frauen können auf vielfältige Weise UN-Friedensmissionen erfolgreicher machen.

1. Durch ihre Präsenz wird verstärkt die Genderperspektive in die Ausgestaltung einer Mission einbezogen.
2. Frauen kommen leichter mit der Zivilbevölkerung in Kontakt, vor allem mit benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Dies kommt besonders dort zum Tragen, wo Frauen aus kulturellen Gründen mit Männern außerhalb ihrer Familie nicht in Kontakt treten oder wo sexuelle Gewalt stark ausgeprägt ist.
3. Frauen als fester Teil einer Mission tragen dazu bei, Gewalt in Konfliktregionen zu verhindern und aufzuklären.
4. Die Präsenz von Frauen schafft Vertrauen in der Zivilbevölkerung und unterstützt die Teilhabe und Mitbestimmung von Frauen bei der Friedenskonsolidierung.
5. Soldatinnen oder Polizistinnen haben eine Vorbildfunktion für Mädchen und Frauen.
6. Frauen tragen durch die Vertretung beider Geschlechter zur Glaubwürdigkeit der Mission bei.

Über die Jahre wurden neue Posten geschaffen, die eine Geschlechterperspektive in der Friedensarbeit sicherstellen sollen: Sogenannte Gender-Beraterinnen und -Berater (Gender Advisors), Beraterinnen und Berater zum Schutz von Frauen (Women Protection Advisors), militärische sowie polizeiliche Einheiten, die



Die Friedenssoldatin des malaysischen UNIFIL-Bataillons, Major Syazwani (rechts), gibt ihrer Kollegin Anweisungen, während sie in Rmeish im Südlibanon patrouilliert, 13. Dezember 2017. Foto: UN Photo/Pasqual Gorriaz

ausschließlich aus Frauen bestehen (All Female Units), oder Beratungsstellen für Frauen (Gender Focal Points) sind inzwischen fester Bestandteil jeder Friedensmission.

Dennoch stagniert der Anteil von Frauen in UN-Friedensmissionen seit Jahren. Im Jahr 2019 waren von 95.000 uniformierten UN-Einsatzkräften nur 15 Prozent Polizistinnen und nur fünf Prozent Soldatinnen. Im zivilen Bereich sieht es etwas besser aus. Da liegt der Anteil bei rund 25 Prozent. Ziel ist hier jedoch langfristig, 50 Prozent zu erreichen. Insgesamt sind immer noch über 93 Prozent aller Posten in UN-Friedensmissionen von Männern besetzt. Als Antwort darauf nahmen sich die Vereinten Nationen vor, bis 2028 den Frauenanteil in Friedensmissionen in allen Funktionen auf 25 Prozent bei der Polizei und 20 Prozent beim Militär zu erhöhen.

Ob diese Ziele erreicht werden können, ist fraglich. Die Etappenziele für 2018 bis 2020 wurden in allen Bereichen bisher verfehlt. Die Möglichkeiten der UN, positiv Einfluss zu nehmen, sind jedoch äußerst begrenzt. Die Verantwortung liegt hier bei den Staaten, denn die UN haben keine eigene Armee. Polizistinnen und Soldatinnen werden über ihre Arbeitgeber kontaktiert. Hier muss berücksichtigt werden, dass der Frauenanteil in der Polizei und in den Armeen sehr gering ist. Die Bundeswehr hat beispielsweise einen Frauenanteil von 15 Prozent. Die meisten dieser Frauen verrichten ihren Dienst in der Verwaltung oder im Sanitätsbereich. In anderen westlichen Industriestaaten sieht es ähnlich aus. In den Ländern, die die meisten UN-Friedenstruppen stellen, wie Bangladesch, Indien, Pakistan oder Ruanda, haben Soldatinnen nicht zu allen Bereichen des Militärs Zugang

und erhalten bestimmte Ausbildungen nicht, die für die UN zwingend notwendig sind, etwa den Führerschein oder eine Sprachausbildung.

Das zivile Personal wiederum ist weder für die UN noch für die Staaten gezielt greifbar, da in einer UN-Friedensmission zu arbeiten, stets eine private Entscheidung ist. Interessierte Frauen kommen meist über Stellenausschreibungen aus Eigeninitiative in UN-Friedensmissionen, manchmal durch staatliche Entsendungen. In Deutschland ist für die Entsendung das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin zuständig.

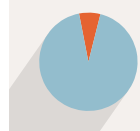
Eine im Jahr 2018 veröffentlichte Auftaktstudie bestätigt diese Zahlen und nennt institutionelle und soziokulturelle Hürden. Dazu gehören ungleicher Zugang zu UN-Positionen, unvoreilhaftige Auswahlkriterien, eine diskriminierende Arbeitsumgebung oder gesellschaftliche Vorbehalte innerhalb der UN und der Entsendestaaten. Beispielsweise stellen neben fehlender Ausbildung familiäre Verpflichtungen ein erhebliches Hindernis für die Beteiligung von Frauen dar. Untersuchungen in neun Ländern, darunter Deutschland, sollen Aufschluss darüber geben, wie die Hindernisse abgebaut werden können.

Die UN-Resolution 2538 vom 28. August 2020 fordert alle Mitgliedstaaten dazu auf, sich mit Nachdruck um eine verstärkte Beteiligung von zivilen und uniformierten Frauen zu bemühen. Es werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die bisherige Studienergebnisse berücksichtigen. Dazu gehört, dass offene Stellen in UNEinsätzen früher und breiter bekannt gegeben werden, dass ein Netzwerk für den Austausch zwischen weiblichen UN-Kräften und interessierten Frauen eingerichtet wird sowie die generelle Erhöhung des Frauenanteils in nationalen Polizei- und Streitkräften.

Zahlen und Fakten



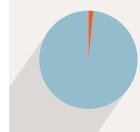
Frauen stellten im Jahr 2019 **5 %** des Militärpersonals und **11 %** der organisierten Polizeieinheiten in UN-Friedensmissionen.



Insgesamt sind immer noch über **93 %** aller Posten in UN-Friedensmissionen von Männern besetzt.



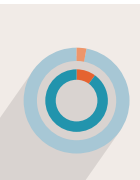
Über **50** Konfliktparteien stehen heute im Verdacht, sexuelle Gewalt begangen oder angestiftet zu haben.



Nur **25** von 1500 Friedensverträgen, die zwischen 2000 und 2016 geschlossen wurden, erwähnen Frauen.



Jede **fünfte** vertriebene oder geflüchtete Frau hat 2019 sexuelle Gewalt erlebt.



Weniger als **3 %** der Unterzeichnenden von Friedensabkommen und weniger als **10 %** der Verhandlungsführenden bei Friedensgesprächen sind Frauen.



Wenn Frauen in Friedensabkommen einbezogen werden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie länger als 15 Jahre halten um **35 %**.



Wenn Beraterinnen vor Ort sind, werden über konfliktbezogene sexuelle Gewalt mehr Daten erhoben. So wurden in jenen Ländern mehr als **2.400** Fälle (**86 %** aller Fälle) gemeldet.



41 % der UN-Mitgliedstaaten haben Nationale Aktionspläne zu Frauen, Frieden und Sicherheit aufgestellt; **22 %** dieser Aktionspläne enthalten ein Budget für ihre Umsetzung.

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wurde im September 2015 von allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet. Die darin enthaltenen 17 Ziele und 169 Unterziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) umfassen die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (ökologisch, ökonomisch und sozial) und gelten für alle Länder der Welt.

Es gibt zahlreiche Überschneidungen zwischen den SDGs und der WPS-Agenda: So zielt SDG 5 auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung der Frauenrechte allgemein ab. Das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit explizit fällt unter SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Weitere 45 Unterziele und 54 Indikatoren in anderen SDGs beziehen sich auf Geschlechtergerechtigkeit.

Sowohl die WPS-Agenda als auch die SDGs enthalten Empfehlungen, wie sexuelle Gewalt bekämpft und der Rechtsschutz für Frauen gestärkt werden kann, obwohl die WPS-Agenda den Vorbehalt »in Konflikten« hinzufügt.

Beide Rahmenwerke stärken Frauenorganisationen, die die Interessen von Frauen lautstark vertreten und die Gleichstellung der Geschlechter in allen SDGs durchsetzen wollen.



wird. Zudem treiben nicht nur weibliche Rollenvorbilder und Aktivistinnen den Wandel voran, sondern auch und gerade Männer. Dazu gehört auch, die Situation der lesbisch, schwul, bisexuell, trans, queer und intersexuell lebenden Personen (LSBTQI+) in Krieg und Konflikt stärker zu beleuchten – ein Thema das im Sicherheitsrat bisher gänzlich unbeachtet ist.

Dieser grundsätzliche Wandel jenseits kleiner Stellschrauben wird nicht nur in und durch die Vereinten Nationen geschehen. Schon seit Beginn des Nachdenkens über »Frauen, Frieden und Sicherheit« ist es die Zivilgesellschaft, die die Agenda weiterentwickelt. Dies gilt umso mehr als die Staatengemeinschaft und die Staaten selbst in Gender-Fragen immer stärker auseinanderdriften. Es sind daher vor allem zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten, in deren Händen die Zukunft der Agenda liegt. Sie gestalten den Wandel hin zu einer bunten Gender-Agenda auf allen Ebenen von nationaler und internationaler Politik – jenseits der kleinen Stellschrauben.

Die WPS-Agenda muss »bunter« werden

Von Manuela Scheuermann, Universität Würzburg

Seit 20 Jahren drehen Zivilgesellschaft, Staaten und internationale Organisationen an den kleinen Stellschrauben der ambitionierten Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit. Erfolgsgeschichten des Projekts schmücken die Webseiten der Vereinten Nationen: feministische Aktivistinnen in Kolumbien haben Gender-Mainstreaming in den Friedensvertrag eingebracht; in Liberia spielen Frauen bei der Gestaltung der politischen Zukunft eine entscheidende Rolle; ein Team pakistanischer Militärbeobachterinnen war Teil der MONUSCO-Mission in der Demokratischen Republik Kongo; die UN-Friedensmission in Zypern hatte eine militärische Kommandeurin. Die Aufzählung einzelner Erfolgsgeschichten ließe sich beliebig fortsetzen.

Doch ein grundlegender Wandel in Richtung einer ganzheitlichen, das heißt inklusiven und intersektionalen Gender-Politik ist auch nach 20 Jahren und zehn Resolutionen nicht erkennbar. Es sind eben dicke Bretter, die gebohrt werden müssen.

Die aktuelle weltpolitische Situation macht es nicht einfacher. Die Corona-Pandemie führte weltweit zu einem sprunghaften Anstieg von Gewalt gegen Frauen. Staaten streichen zivilgesellschaftlichen Initiativen aufgrund der schwächelnden Weltwirtschaft die finanzielle Unterstützung. Überbordender Nationalismus und Antifeminismus, politischer Unwille und Unilateralismus behindern die Arbeit der Vereinten Nationen, insbesondere des Sicherheitsrats. Es sind schwierige Zeiten für revolutionäre Projekte.

Trotz dieser Situation und angesichts der historischen Aufgaben, die sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2000 auferlegt hat, stellt sich die Frage: Wie sollte die Agenda in den kommenden 20 Jahren gestaltet werden? Welche großen Themen müssen bedacht, wer muss einbezogen werden?

So vielfältig wie die Agenda und die Akteurinnen und Akteure, so vielfältig sind die Antworten. Fragt man deutsche Frauenrechtsaktivistinnen, so sprechen sie sich für einen Frauensicherheitsrat und den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen aus. Friedensaktivistinnen setzen sich für mehr weibliche Teilhabe ein, um eine Welt ohne Krieg zu erreichen. Die Abteilung für Friedensmissionen in den Vereinten Nationen wirbt für die Agenda, um in Zukunft mehr Frauen in den UN-Friedenstruppen einsetzen zu können. Der Sicherheitsrat war während der großen Aussprache zu »Frauen, Frieden und Sicherheit« im Oktober 2019 einhellig der Ansicht, die normativen Wegmarken seien gesetzt, man müsse sich nun stärker auf die Umsetzung konzentrieren. Ohne Zweifel – die praktische Umsetzung geht in vielen Bereichen nur schleppend voran. Es fehlt an überprüfbaren Kriterien, an festen institutionellen Verantwortlichen in den Staaten und an finanzieller Transparenz und Verbindlichkeit.

Im Folgenden sollen vor allem die ideellen und normativen Leitlinien hinter der Agenda in den Blick genommen werden. Denn es sind gerade diese Stellschrauben, die gründlich nachjustiert werden müssten, um einem nachhaltigen und ganzheitlichen Wandel in Richtung einer Gender-Politik bei Fragen von Frieden und Sicherheit auf die Sprünge zu helfen.

WAS BEDEUTET ES, DIE FRAUEN-AGENDA IN EINE GENDER-AGENDA ZU WANDELN?

Ein erster Schritt ist die weltweite Sensibilisierung für den intersektionalen Ansatz, der in den Vereinten Nationen seit einigen Jahren Eingang in die Agenda gefunden hat. Diese Idee besagt, dass bestimmte persönliche Eigenschaften wie Geschlecht, soziale Herkunft und Ethnie zu bestimmten Machtverhältnissen beitragen, die gerade in Konfliktsituationen stark wirken und

– vor allem – zusammenwirken. Da diese Merkmale sich gegenseitig beeinflussen, müssen sie umfassend bewertet werden.

Ein zweiter Schritt in die richtige Richtung, der im Sicherheitsrat bereits gegangen wird, ist das stärkere Einbeziehen von Jugendlichen. Sie sind zugleich Leidtragende von Konflikten und Gestaltende der Zukunft. Der wichtigste Schritt ist der Wandel von »Frau« zu »Gender«. Aktuell konzentriert sich die Agenda immer noch auf Frauen und Mädchen. Das mag historisch richtig sein, schließlich war Gender als Hauptgegenstand einer Resolution im Jahr 2000 im Sicherheitsrat nicht durchsetzbar. Die besondere Situation der Frau im Konflikt anzuerkennen und zu verändern, war der kleinste gemeinsame Nenner, auf den der Sicherheitsrat sich einigen konnte. Damals bedeutete das für die meisten Staaten, die Frau als Opfer und Schutzbefohlene im Konflikt wahrzunehmen. Heutzutage mag es auch am Unwillen mancher Staaten liegen, eine echte feministische Wende einzuläuten.

Inzwischen ist einer breiten Öffentlichkeit jedoch klar, dass sich auf Frauen und Mädchen zu beschränken, ebenso wenig zu Geschlechtergerechtigkeit beiträgt, wie das Zählen von Frauen in Führungsgremien. Die Agenda war noch nie ein reines »Frauenthema«, sondern von Beginn an international sicherheitspolitisch relevant. Ausgangspunkt war und ist der Faktor Geschlecht in gewaltsamen Konflikten. Dazu muss aber nicht nur der Status der Frau grundlegend überdacht und im Sinne der vier Säulen der Agenda verändert werden. Auch der Mann muss in seinen verschiedenen Rollen in Krieg und Konflikt Eingang in das Projekt finden, insbesondere die militarisierte Männlichkeit und die patriarchale Machtausübung. Denn militarisierte Männlichkeit führt doch erst dazu, dass sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe und im Sinne eines Machtmissbrauchs eingesetzt